

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis Vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt umsonst / Alle Postanfragen nehmen Bestellungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkundigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgepaltene Preitzelle 35 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 2. März

Anzeigen-Aannahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Bekanntmachung des Zentralvorstandes — Gewerbliches Unterrichtswesen — Die Zersplitterungsgefahr für die wirtschaftliche Organisation des handwerks. — Antrag auf Aufhebung des Befähigungsnachweises in Österreich — Kurze Mitteilungen — Rechtspflege — Aus den Kreisverbänden — Aus den Lokalvereinen — Aus Nassau — Bücherschau — Anzeigen.



Ehrentafel

Das Eisene Kreuz II. Klasse
erhielten:

Pionier Franz Schröder, Mitglied des
Lokalgewerbevereins Soden am Taunus.
Garbeschütze Wilh. Bauer, Sohn des
Mitgliedes Ferd. Bauer, Weyer, Oberl.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Militärische Vorbereitung der Jugend.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Berlin W 9, den 6. Febr. 1918.

Die Kenntnis des Morse-Alphabets hat mit der Ausgestaltung der Nachrichtenmittel für das Meer eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Kein Mann der Nachrichtentruppe kommt ohne diese Kenntnis aus. Auch bei allen anderen Truppen ist sie Voraussetzung für die Benutzung zahlreicher Nachrichtenmittel.

Die Ausbildung im Morse-Alphabet nimmt erhebliche Zeit in Anspruch, die schon bei den Nachrichten- und Abteilungen nachteilig empfunden wird, die aber bei der Infanterie und Artillerie neben den anderen Anforderungen der Waffenausbildung kaum zu leisten ist.

Das Erfordernis einer schnelleren und gründlicheren Ausbildung des Erlases im eigentlichen Nachrichtendienst läßt es der Seeresverwaltung erwünscht erscheinen, daß der Rekrut die Kenntnis des Morse-Alphabets bei seinem Eintritt in das Meer bereits mitbringt.

Soweit entsprechend meinem Erlaß vom 4. September 1914 (S. 479) im Anschluß an die Fortbildungsschule militärische Jugendübungen eingerichtet sind, empfehle ich, während der dafür angelegten Zeit das Morse-Alphabet mit Erlernen zu lassen. Die Einprägung wird erleichtert durch Anreihungen, wie sie z. B. in dem von Bastian Schmidt herausgegebenen Büchlein: Jungdeutschland im Gelände, Leipzig 1915, enthalten sind. Auch wird es zweckmäßig sein, Morsetafeln in den Räumen der Fortbildungsschulen aufzuhängen. Diese Tafeln sind von der Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin-Potsdam, Kurfürstendamm 152, unmittelbar anzufordern.

J. B.: Dönhoff.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herren Oberpräsidenten in Potsdam.

*

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 25. Februar 1918.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Schulansstellung.

In der Allgemeinen Gewerbeschule zu Wiesbaden findet in der Zeit vom 24. Februar bis 4. März d. J. eine Ausstellung von Schülerarbeiten verschiedener Zeichenklassen, verbunden mit einer kleinen Ausstellung von Papiererzeugnissen, statt. Sie ist geöffnet täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags. Die Besichtigung wird angelegentlich empfohlen.

Die Zersplitterungsgefahr für die wirtschaftliche Organisation des handwerks.

(Bezugsvereinigungen — Werksvereinigungen — Innungen — Genossenschaften.)

Die wirtschaftliche Organisation des Handwerks hat in früheren Zeiten schon unter dem Mangel gelitten, daß berufliche und wirtschaftliche Organisation nicht scharf getrennt und infolge davon die Bedeutung einer selbständigen wirtschaftlichen Organisation des Handwerks nicht im vollen Umfange erkannt wurde. So erfreulich die großen Fortschritte sind, die die wirtschaftliche Organisation des Handwerks in der Kriegszeit gemacht hat, so sehr bedauerlich ist es, daß sich das alte Erbteil der Vermengung dieser beiden grundverschiedenen Dinge und damit auch die Gefahr einer Zersplitterung auch jetzt wieder in bedenklichem Umfange zeigt. Um was es sich handelt, wird durch die Worte „Bezugsvereinigungen, Werksvereinigungen, Innungen, Genossenschaften“ bezeichnet. Es ist daher außerordentlich zu begrüßen, daß der Handwerks- und Gewerbe-Kammertag als die dazu berufene Stelle in bestimmter Form gegen die Zersplitterungstendenzen Stellung nimmt und seine Auffassung in einer Denkschrift an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe zum Ausdruck gebracht hat. Wir lassen nachstehend einen Auszug aus der Denkschrift folgen:

Es sind vier Bezugsvereinigungen gebildet worden, nämlich für das Tischlergewerbe, Malergewerbe, Buchbinder- und das Stellmachergewerbe. Diese vier Bezugsvereinigungen haben sich zu einem „Bunde der Bezugsvereinigungen“ zusammengeschlossen.

Nach den Satzungen ist der Zweck dieser Bezugsvereinigungen folgender:

den Behörden bei der Durchführung ihrer Aufgaben in der Verteilung von Roh- und Hilfsstoffen an die betreffenden Gewerbe und den Inhabern der in Frage kommenden Gewerbebetriebe bei der Geltendmachung ihres

Anspruchs auf Zuteilung der Rohstoffe und Hilfsstoffe zu helfen.

Die Form der Hilfe soll jeweiliger Vereinbarung mit den zuständigen Behörden unterliegen. Die Rechtsform der Bezugsvereinigungen ist die des eingetragenen Vereins.

Der Bund der Bezugsvereinigungen ist gegründet, um eine Verwaltungsgemeinschaft für die angeschlossenen Vereinigungen zu bilden, geeignete Arbeitskräfte zu schulen und im allgemeinen die Interessen der Bezugsvereinigungen zu vertreten. Auch der Bund der Bezugsvereinigungen hat die Rechtsform des eingetragenen Vereins.

Eine geschäftliche Betätigung ist bei der ursprünglichen Gründung wohl nicht vorgesehen. Vielmehr sollten sich die Bezugsvereinigungen auf die Entgegennahme der Rohstoffanmeldungen und die Ausgabe von Bezugsscheinen beschränken. Der eigentliche Bezug des bewirtschafteten Rohstoffes ist in das Belieben der einzelnen Betriebsinhaber gestellt, die ihren Bedarf auf Grund der ihnen erteilten Bezugsscheine selbst beziehen können entweder beim freien Handel oder aber bei Einkaufsgenossenschaften.

Die Mittel für ihre Aufgaben verschaffen sich die Bezugsvereinigungen durch Erhebung von Gebühren bei Entgegennahme der Bedarfsmeldungen.

Die Bezugsvereinigung gliedert sich nach unten hin in Landesstellen, die ihrerseits wieder Ortsstellen unterhalten. Diese Stellen haben keine eigentliche Rechtspersönlichkeit, sie sind lediglich Verwaltungsorgane der Bezugsvereinigung. Die Ortsstellen nehmen die Anmeldungen entgegen, prüfen sie und reichen sie zur weiteren Behandlung den Landesstellen ein. Die Landesstellen reichen nach Zusammenstellung des Materials ihrer Bezirke das Ergebnis an die Bezugsvereinigung weiter. Diese stellt dann den gesamten Bedarf zusammen, um dann die zur Verteilung gelangende Menge zu ermitteln.

Die Träger der Ortsstellen sollen in erster Linie die Fachinnungen bzw. Fachvereinigungen sein, wo solche nicht bestehen, sind persönliche Vertrauensleute vorgesehen.

Das vorstehend gekennzeichnete System hat nach Meinung der von uns befragten Handwerks- und Gewerbe-Kammern und der Vertreter des Handwerks im Beirat für die Übergangswirtschaft folgende Mängel:

1. Eine Mitwirkung der Handwerkskammern bei der Organisation der Orts- und Landesstellen ist nicht vorgesehen, ebenso wenig bei der Bezugsvereinigung selbst. Lediglich beim Bunde der Bezugsvereinigungen ist die Mitwirkung des Handwerks- und Gewerbe-Kammertages wie des Zentralausschusses vereinigt. Innungsverbände Deutschlands sätzungsmäßig zugelassen. Eine praktische Auswirkung hat

Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand in allen Angelegenheiten des handwerks und Gewerbes. Benutzung für Jedermann.

diese Bestimmung bisher noch nicht gehabt, soweit der Kammertag in Frage kommt.

Nun ist die Organisation des Handwerks in Innungen und gewerblichen Vereinen keineswegs lückenlos; vielmehr ist der größere Teil des Handwerks noch keinen Vereinigungen dieser Art angeschlossen. Es fehlt daher in dem System der Bezugsvereinigungen eine angemessene Vertretung des nichtorganisierten Handwerks.

Nach § 8 der Satzungen der Bezugsvereinigungen werden Streitigkeiten jeder Art, die sich zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern ergeben, durch eigene Organe des Vereins unter Ausschluß des Rechtsweges entschieden. Hier muß unbedingt zur Wahrung der Interessen der nicht organisierten Handwerker die Handwerkskammer kraft ihrer amtlichen Eigenschaft beteiligt werden.

Allgemein ist hier noch der Ministerialerlaß vom 28. April 1917 heranzuziehen, der ebenfalls der durch die amtliche Eigenschaft der Handwerkskammern gebotenen Mitwirkung der letzteren in ihrem Bezirke innerhalb der wirtschaftlichen Organisation Rechnung trägt.

Auf diese Ausführungen Hr. Erzellenz stützen wir uns, wenn wir das dringende Ersuchen aussprechen, daß der Handwerkskammer bei dem System der Bezugsvereinigungen die durch ihre behördliche Eigenschaft als gesetzliche Berufsvertretung des Handwerks gebührende Mitwirkung eingeräumt wird.

2. Ein Mangel der Regelung für die Leistungsverorgung ist weiter die Behandlung der Genossenschaften. Zwar ist, wie wir sagten, der Bezug des Leimes durch Genossenschaften freigestellt. Aber als Großhändler sind nur solche Genossenschaften anerkannt und zur Leistungsverteilungsgenossenschaft der deutschen Leimgroßhändler zu Berlin zugelassen, die vor dem Kriege gebildet waren und einen gewissen Mindestumsatz in den drei letzten Friedensjahren aufzuweisen hatten. Darin liegt eine ungerechte Benachteiligung der neugebildeten Genossenschaften, die der Ausdehnung des Genossenschaftswesens zur dauernden Regelung der Rohstoffversorgung des Handwerks schweren Abbruch tut.

3. Aus dem Handwerk selbst werden erhebliche Klagen laut über die Gebührenregelung innerhalb der Bezugsvereinigungen. Vorbehaltlich der Beseitigung dieser Mängel, sind wir der Ansicht, daß die einmal erfolgte Regelung der Leistungsverorgung nicht geändert zu werden braucht, allerdings in der bestimmten Voraussetzung, daß eine Minderung in der Wirksamkeit der Bezugsvereinigungen zu geschäftlicher Betätigung unter allen Umständen unterbleibt.

Die Frage wie sich die Bezugsvereinigungen in die vom deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstage als der berufenen Vertretung des deutschen Handwerks geplante Organisation der Rohstoffversorgung des Handwerks einordnen läßt, beantworten wir wie folgt: Der Arbeitsplan des Kammertages stellt als leitenden Grundsatz auf, daß für die Rohstoffversorgung des Handwerks niemand in der Wahl seiner Bezugsquellen beschränkt oder behindert werden soll. Er steht also von einer geschäftlichen Regelung der Rohstoffversorgung ab, die dem freien Ermessen des Einzelnen oder der wirtschaftlichen Organisation des Handwerks überlassen wird. Lediglich die Sicherstellung eines angemessenen Anteils der staatlich bewirtschafteten Rohstoffe für das Handwerk und ihre gerechte Verteilung an die einzelnen Verbraucher ist beabsichtigt.

Wenn nun die Bezugsvereinigung gleichfalls nur die Aufgabe der Entgegennahme von Rohstoffanmeldungen und Ausgabe von Bezugsscheinen ausführen soll, dann kann sie unschwer in den Arbeitsplan des Kammertages eingefügt werden. Sie ist eigentlich schon in dem Augenblick eingefügt, wo nach unserem obigen Vorschlag die Handwerkskammer im System der Bezugsvereinigung die ihr gebührende Stellung zugewiesen erhält.

Gegen einen weitergehenden Ausbau der Bezugsvereinigung etwa zu dem Zwecke geschäftlicher Betätigung müssen wir uns mit

aller Entschiedenheit wenden. Wir halten es für sehr bezeichnend, daß die Mitglieder des Beirats für die Ubergangswirtschaft, die wir zur Sache gehört haben, ebenso wie die Mehrzahl der Mitglieder unseres geschäftsführenden Ausschusses, übereinstimmend das Bedenken geäußert haben, daß die Bezugsvereinigung zu geschäftlicher Betätigung ausgebaut werden sollte.

Nach übereinstimmender Meinung dieser Herren, denen sich der Kammertag vollinhaltlich anschließt, wird beabsichtigt, das System der Bezugsvereinigung über die Leistungsverorgung hinaus allgemein der Rohstoffversorgung des Handwerks nutzbar zu machen und ferner der Bezugsvereinigung geschäftliche Aufgaben zu überweisen. Tatsächlich ist ja auch die Satzung der Bezugsvereinigung geeignet, diese Bedenken zu stützen: Sie spricht im § 1 von Roh- und Hilfsstoffen ganz allgemein, und sie überläßt die Form ihrer Hilfsbetätigung jeweiliger besonderer Vereinbarung.

Belamntlich ist das System der Bezugsvereinigung angeregt und wesentlich ausgebildet worden durch Herrn Küffelhaus in Essen. Er arbeitet bewußt darauf hinaus, der Innung geschäftliche Aufgaben zu überweisen. Auf diesen Weg ist er getreten mit der Form der Werkvereinigung. Er geht diesen Weg zielbewußt weiter mit der Form der Bezugsvereinigung. Dieser Weg führt bewußt ab von der Genossenschaft, denn Herr Küffelhaus ist ein grundsätzlicher Gegner der Genossenschaft. Wir halten es daher für unsere Aufgabe, von vornherein auf die Bedenken hinzuweisen, die wir gegen die mißbräuchliche Ausgestaltung der Bezugsvereinigung zu geschäftlichen Zwecken haben.

Jedenfalls gibt uns die Frage der Bezugsvereinigung und des befürchteten Ausbaus für die Rohstoffversorgung des Handwerks schlechthin die erwünschte Veranlassung, Hr. Erzellenz dringendst zu bitten, für eine Klärung der schon lange bestehenden Unklarheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Organisation des Handwerks einzutreten.

Hr. Erzellenz haben in Uebereinstimmung mit der Anschauung des Kammertages den Erlaß 28. 4. v. J. über die wirtschaftliche Betätigung der Handwerkskammern herausgegeben, worin eine geschäftliche Betätigung der Kammern in völliger Uebereinstimmung mit ihren öffentlich-rechtlichen, behördlichen Charakter zurückgewiesen, gleichzeitig aber der Kammer die ihr gebührende Mitwirkung in der wirtschaftlichen Organisation des Handwerks vorgezeichnet wird. Hr. Erzellenz haben in diesem Erlaß die vom Kammertag aufgestellten Richtlinien für die wirtschaftliche Organisation des Handwerks wiederholt anerkannt. Gegen diese Richtlinien arbeitet die Organisation des Herrn Küffelhaus bewußt an, sei es mit der Werkvereinigung, sei es mit der Bezugsvereinigung. Beide Formen werden aufgebaut auf der Innung, der doch nur einmal vom Gesetzgeber hinsichtlich der geschäftlichen Betätigung ganz bestimmte Schranken gezogen sind. Es scheint uns die höchste Zeit zu sein, daß die Regierung ebenso wie die Handwerkskammern auch die Innungen an die gesetzlichen Grenzen ihrer Betätigung erinnert. Nur dann wird die Ruhe im Handwerk wieder eintreten, die durch die Sonderorganisation des Herrn Küffelhaus mehr als genug erschüttert ist.

Die Form der Werkvereinigung ist ungeschicklich hinsichtlich ihrer Verbindung und der Verknüpfung geschäftlicher Risiken der Genossenschaft mit der Innung. Die geschäftliche Betätigung der Bezugsvereinigung wird sobald sie lediglich auf der Innung sich aufbaut und mit dieser verquickt wird, ebenfalls ungeschicklich. So harmlos an sich die bisherige Aufgabe der Bezugsvereinigung erscheint, so bedenkliche Folgen kann ein weiterer Ausbau zu geschäftlicher Betätigung in der Rohstoffversorgung des Handwerks zeitigen.

Wir gestatten uns ganz ergebenst darauf aufmerksam zu machen, daß auch die berufenen Vertretungen des Handwerks, die Handwerkskammern, die Genossenschafts- und Innungsverbände, geschlossen die Richtlinien für die

wirtschaftliche Organisation des Handwerks aufgestellt haben, die auch Hr. Erzellenz Billigung gefunden haben. An diesen sorgfältig erwogenen Richtlinien der berufenen gesetzlichen und wirtschaftlichen Vertretungen des Handwerks sollte unter keinen Umständen zugunsten der Sonderbestrebungen eines einzelnen Mannes gerüttelt werden.

Die Bestrebungen des Herrn Küffelhaus gehen dahin, dem Innungsverbande möglichst viele Rechte zu überantworten, so daß er schließlich die maßgebende Vertretung des Handwerks wird. Die Innung als die Trägerin der gesamten Gemeinschaftsarbeit im Handwerk, der Innungsverband als die umfassende Vertretung dieser Vereinigungen, das ist das Ziel, das sich Herr Küffelhaus bei seinen Organisationsplänen stellt. Wenn nun die geschäftliche Betätigung der Handwerkskammer mit Recht von Hr. Erzellenz als mit dem behördlichen Charakter der Kammer nicht vereinbar bezeichnet wird, so trifft dieses Bedenken in eben derselben Weise den Innungsverband, ja viel mehr, während der Handwerkskammer die Aufgabe der allgemeinen Interessenvertretungen des Handwerks vorbehalten worden ist, sind der Betätigung des Innungsverbandes ganz bestimmte Grenzen gezogen.

Ebenso wie durch Herrn Küffelhaus und seine Bewegung der Innungsverband der Handwerkskammer entgegengesetzt wird, so bemüht er sich jetzt, für seine Werkvereinigungen, viel leicht auch für die auszubauenden Bezugsvereinigungen einen besonderen Revisionsverband zu erreichen, den er den bisherigen Genossenschaftsverbänden gegenüberstellen will.

Zweifelslos kann die wirtschaftliche Betätigung des Handwerks die sachliche Grundlage nicht entbehren. Das ist schon in unseren Richtlinien für die wirtschaftliche Organisation des Handwerks anerkannt worden. Gerade um deswillen halten wir eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von beruflicher und wirtschaftlicher Organisation für unerlässlich.

Sofern die Bezugsvereinigung lediglich auf die Zwecke der Bedarfsfeststellung, Anmeldung und der Verteilung von Bezugsscheinen sich beschränkt, vermögen wir ihr grundsätzliche Bedenken entgegenzustellen. Wir müssen lediglich verlangen, daß die Bezugsvereinigung sich dem Arbeitsplan des Kammertages einordnet, der die gesamten Kräfte des Handwerks für den gleichen Zweck in einheitlicher Richtung befristet will. Hierzu erbitten wir die Unterstützung Hr. Erzellenz.

Wir wenden uns entschieden gegen jede Absicht der geschäftlichen Betätigung der Bezugsvereinigungen unter Hinweis auf das Ungeheuerliche dieser Tätigkeit wegen der Verbindung mit der Innung. Hr. Erzellenz ersuchen wir dringend, die von uns erbetene Entscheidung treffen zu wollen, die endlich Ruhe für die weitere Organisation im Handwerk schaffen soll.

(Entwurf für das Genossenschaftswesen.)

Antrag auf Aufhebung des Befähigungsnachweises in Oesterreich.

(Schluß.)

Die Wiederholung derartiger Wahrnehmungen führte dahin, daß auch in Deutschland der Hauber des österreichischen Befähigungsnachweises zu verblasen begann, dagegen der Gedanke einer Erweiterung des freiwilligen Befähigungsnachweises an Ausbreitung gewann, besonders hinsichtlich einer Wertverhöhung für den Meistertitel. Der Verband Deutscher Gewerbevereine erhob auf seiner Hauptversammlung im Jahre 1904 zu Straßburg i. Elz. entschiedenen Widerspruch gegen die auf Einführung des allgemeinen obligatorischen Befähigungsnachweises für das Handwerk gerichteten Bestrebungen, empfahl jedoch der Reichsregierung zur Förderung des Handwerks nur solchen Handwerkern, welche den Meistertitel führen dürfen, das Recht zur Anstellung von Lehrlingen zu gewähren und ferner die Vergabe von öffentlichen Arbeiten die ge-

andwerk...
na Bili...
orgfältig...
n gefe...
gen des...
nden zu...
s einzel...

brüsten Meister bei Gleichwertigkeit der Leistungen den ungebrühten Handwerkern vorzuziehen.

Ein ähnlichen Beschluß faßte der zu gleicher Zeit in Lübeck versammelte fünfte Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag, jedoch mit der weiteren Forderung des Befähigungsnachweises für das Bauhandwerk.

Ein Jahr später, 1905, lehnte der Sechste Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag zu Köln die Forderung des Befähigungsnachweises für sämtliche Handwerkszweige als unter den heutigen Verhältnissen unerreichbar ab, wünschte jedoch, daß der Meistertitel mit größeren Rechten ausgestattet und im Baugewerbe ein Befähigungsnachweis eingeführt werde zum ausreichenden Schutze für diejenigen Gewerbe, bei denen Gefahren für Leben und Gesundheit in Betracht kommen.

So rückten sich mit diesen Beschlüssen die Gewerbevereine und die Vertreter der Zwangsorganisation etwas näher, doch konnten sich erstere für einen Befähigungsnachweis im Baugewerbe nicht aussprechen, weil sie darin nur den ersten Schritt zum allgemeinen Zwangs-befähigungsnachweis erblickten, eine „Abschlagszahlung“, worüber auch besonders die deutschen Handwerkerblinde keinen Zweifel ließen.

Diese sowie die Innungsausschlüsse lehrten nunmehr ihre vereinigten Waffen gegen den Kölner Beschluß des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages mit der Behauptung, das deutsche Handwerk fordere in überwiegender Mehrheit die gefällige Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises. Hinsichtlich der Einführung desselben nur für einzelne Baugewerbe waren die deutschen Gewerbevereine der Ansicht, daß die zu beklagenden Bauunfälle weniger auf Mangel an Fachkenntnissen zurückzuführen seien, als auf Leichtsinns und Gewinnucht gewissenloser Bauunternehmer, auf Nichtachtung der Unfallverhütungsmassregeln, Verwundung minderwertiger Baustoffe usw. Auch hier gab die Entwicklung der Gesetzgebung dem Standpunkte der Gewerbevereine Recht, das Gesetz vom 7. Januar 1907, für das Baugewerbe bestimmt, sieht ein Unter-suchungsrecht gegenüber unzuverlässigen Bauhandwerkern vor, wobei der Grundsatz der Gewerbevereine ebenso unangetastet blieb, wie im Gesetz über den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis vom 30. Mai 1908. Nach letzterem steht das Recht, Lehrlinge auszubilden, jetzt nur noch solchen Handwerkern zu, die den Meistertitel führen und den Voraussetzungen des § 129 der Reichsgewerbeordnung entsprechen. — Damit scheint vorläufig in Deutschland der Kampf um den Befähigungsnachweis zur Ruhe gekommen zu sein, wie lange, mag dahingestellt bleiben, aber der gute Wille zur Verständigung ist bei den verschiedenen Handwerksorganisationen gewachsen, die Erfolge dieses Befähigungsnachweises sprechen eine deutliche Sprache. Die Gesellen- und Meisterprüfungen wiesen von Jahr zu Jahr steigende Zahlen auf. Die erhöhten Anforderungen an die Prüflinge ließen neben der Handwerkslehre den Wert der Fachschulbildung an Anerkennung gewinnen. Man konnte mit dieser Art des Befähigungsnachweises zufrieden sein, es ließ sich darauf weiter bauen, besonders in der Verbesserung des Fachschulwesens, der Hebung des Ansehens der gewerblichen Unter-richtsanstalten hinsichtlich ihrer Berechtigungen bei den Gesellen- und Meisterprüfungen, des Ein-jährig-freiwilligen Dienstes der Handwerker, wobei ein Zusammenarbeiten des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages mit dem Verbande Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, sowie dem deutschen Gewerbeschulverband erzielt wurde.

Die im Jahre 1901 zu Darmstadt geprägte Lösung „Erneuerung des Handwerks von unten heraus“ führte mit den Jahren zu einer erweiterten großzügigen Auffassung des Befähigungsnachweises, weniger für den einzelnen Meister, als für den ganzen Stand, der sich bereits vor dem Weltkriege zu großen wirtschaftlichen Unternehmungen zusammenzuschließen begann in Form von Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Lieferungsverbänden, Ver-

dingungsstellen usw. Unter der harten Notwendigkeit der Kriegereignisse erwiesen sich diese jungen Gebilde in hohem Maße ausbildungsfähig, die meisten haben ihren Befähigungsnachweis erbracht und die Feuerprobe bestanden. Es ist das Verdienst der deutschen Handwerks- und Gewerbeämtern, mit richtigem Blick und Geschick die Zeitverhältnisse wahrgenommen zu haben, um das deutsche Handwerk auf die Bahn zu führen, die einzig und allein den Wettbewerb zwischen Großbetrieb und Handwerk für letzteres erträglich zu gestalten vermag, den der früher so heftig erstrebte allgemeine Befähigungsnachweis nur erschwerte und zu Ungunsten des Handwerks entschieden hätte. Die deutschen Gewerbevereine haben nach dieser Richtung von jeher gearbeitet, sie haben zum Teil schon um 1880 die freiwilligen Gesellenprüfungen aufgenommen, sind für das Genossenschaftswesen eingetreten, waren Gründer von Gewerbeschulen, Gewerbevereinen und vertraten stets die Auffassung einer Erneuerung des Handwerks von innen heraus; einer allgemeinen Zwangsorganisation und der daraus erwachsenden schroffen Scheidung von Fabrik und Handwerk konnten sie ihre Stimme nicht leihen. Die in Deutschland durchgeführten Erfahrungen sind somit dem deutschen Handwerk durch den Widerstand der Regierungen, der Gewerbe- und Handwerkervereine und der wachsenden Erkenntnis der neuen reichsgesetzlichen Handwerksvertretung erspart geblieben. **Moat.**

dingungsstellen usw. Unter der harten Notwendigkeit der Kriegereignisse erwiesen sich diese jungen Gebilde in hohem Maße ausbildungsfähig, die meisten haben ihren Befähigungsnachweis erbracht und die Feuerprobe bestanden. Es ist das Verdienst der deutschen Handwerks- und Gewerbeämtern, mit richtigem Blick und Geschick die Zeitverhältnisse wahrgenommen zu haben, um das deutsche Handwerk auf die Bahn zu führen, die einzig und allein den Wettbewerb zwischen Großbetrieb und Handwerk für letzteres erträglich zu gestalten vermag, den der früher so heftig erstrebte allgemeine Befähigungsnachweis nur erschwerte und zu Ungunsten des Handwerks entschieden hätte. Die deutschen Gewerbevereine haben nach dieser Richtung von jeher gearbeitet, sie haben zum Teil schon um 1880 die freiwilligen Gesellenprüfungen aufgenommen, sind für das Genossenschaftswesen eingetreten, waren Gründer von Gewerbeschulen, Gewerbevereinen und vertraten stets die Auffassung einer Erneuerung des Handwerks von innen heraus; einer allgemeinen Zwangsorganisation und der daraus erwachsenden schroffen Scheidung von Fabrik und Handwerk konnten sie ihre Stimme nicht leihen. Die in Deutschland durchgeführten Erfahrungen sind somit dem deutschen Handwerk durch den Widerstand der Regierungen, der Gewerbe- und Handwerkervereine und der wachsenden Erkenntnis der neuen reichsgesetzlichen Handwerksvertretung erspart geblieben. **Moat.**

dingungsstellen usw. Unter der harten Notwendigkeit der Kriegereignisse erwiesen sich diese jungen Gebilde in hohem Maße ausbildungsfähig, die meisten haben ihren Befähigungsnachweis erbracht und die Feuerprobe bestanden. Es ist das Verdienst der deutschen Handwerks- und Gewerbeämtern, mit richtigem Blick und Geschick die Zeitverhältnisse wahrgenommen zu haben, um das deutsche Handwerk auf die Bahn zu führen, die einzig und allein den Wettbewerb zwischen Großbetrieb und Handwerk für letzteres erträglich zu gestalten vermag, den der früher so heftig erstrebte allgemeine Befähigungsnachweis nur erschwerte und zu Ungunsten des Handwerks entschieden hätte. Die deutschen Gewerbevereine haben nach dieser Richtung von jeher gearbeitet, sie haben zum Teil schon um 1880 die freiwilligen Gesellenprüfungen aufgenommen, sind für das Genossenschaftswesen eingetreten, waren Gründer von Gewerbeschulen, Gewerbevereinen und vertraten stets die Auffassung einer Erneuerung des Handwerks von innen heraus; einer allgemeinen Zwangsorganisation und der daraus erwachsenden schroffen Scheidung von Fabrik und Handwerk konnten sie ihre Stimme nicht leihen. Die in Deutschland durchgeführten Erfahrungen sind somit dem deutschen Handwerk durch den Widerstand der Regierungen, der Gewerbe- und Handwerkervereine und der wachsenden Erkenntnis der neuen reichsgesetzlichen Handwerksvertretung erspart geblieben. **Moat.**

dingungsstellen usw. Unter der harten Notwendigkeit der Kriegereignisse erwiesen sich diese jungen Gebilde in hohem Maße ausbildungsfähig, die meisten haben ihren Befähigungsnachweis erbracht und die Feuerprobe bestanden. Es ist das Verdienst der deutschen Handwerks- und Gewerbeämtern, mit richtigem Blick und Geschick die Zeitverhältnisse wahrgenommen zu haben, um das deutsche Handwerk auf die Bahn zu führen, die einzig und allein den Wettbewerb zwischen Großbetrieb und Handwerk für letzteres erträglich zu gestalten vermag, den der früher so heftig erstrebte allgemeine Befähigungsnachweis nur erschwerte und zu Ungunsten des Handwerks entschieden hätte. Die deutschen Gewerbevereine haben nach dieser Richtung von jeher gearbeitet, sie haben zum Teil schon um 1880 die freiwilligen Gesellenprüfungen aufgenommen, sind für das Genossenschaftswesen eingetreten, waren Gründer von Gewerbeschulen, Gewerbevereinen und vertraten stets die Auffassung einer Erneuerung des Handwerks von innen heraus; einer allgemeinen Zwangsorganisation und der daraus erwachsenden schroffen Scheidung von Fabrik und Handwerk konnten sie ihre Stimme nicht leihen. Die in Deutschland durchgeführten Erfahrungen sind somit dem deutschen Handwerk durch den Widerstand der Regierungen, der Gewerbe- und Handwerkervereine und der wachsenden Erkenntnis der neuen reichsgesetzlichen Handwerksvertretung erspart geblieben. **Moat.**

dingungsstellen usw. Unter der harten Notwendigkeit der Kriegereignisse erwiesen sich diese jungen Gebilde in hohem Maße ausbildungsfähig, die meisten haben ihren Befähigungsnachweis erbracht und die Feuerprobe bestanden. Es ist das Verdienst der deutschen Handwerks- und Gewerbeämtern, mit richtigem Blick und Geschick die Zeitverhältnisse wahrgenommen zu haben, um das deutsche Handwerk auf die Bahn zu führen, die einzig und allein den Wettbewerb zwischen Großbetrieb und Handwerk für letzteres erträglich zu gestalten vermag, den der früher so heftig erstrebte allgemeine Befähigungsnachweis nur erschwerte und zu Ungunsten des Handwerks entschieden hätte. Die deutschen Gewerbevereine haben nach dieser Richtung von jeher gearbeitet, sie haben zum Teil schon um 1880 die freiwilligen Gesellenprüfungen aufgenommen, sind für das Genossenschaftswesen eingetreten, waren Gründer von Gewerbeschulen, Gewerbevereinen und vertraten stets die Auffassung einer Erneuerung des Handwerks von innen heraus; einer allgemeinen Zwangsorganisation und der daraus erwachsenden schroffen Scheidung von Fabrik und Handwerk konnten sie ihre Stimme nicht leihen. Die in Deutschland durchgeführten Erfahrungen sind somit dem deutschen Handwerk durch den Widerstand der Regierungen, der Gewerbe- und Handwerkervereine und der wachsenden Erkenntnis der neuen reichsgesetzlichen Handwerksvertretung erspart geblieben. **Moat.**

Rechtspflege.

Die Invalidenversicherungspflicht der Militärrentenempfänger.

(Nachdruck verboten).

Gemäß § 1237 der Reichsversicherungsordnung wird bekanntlich auf keinen Antrag von der Versicherungs-pflicht befreit, wenn von dem Reich, einem Bundesstaat, einem Gemeindeverband usw. Ruhegeld, Wartegeld oder ähnliche Bezüge im Mindestbetrage der Invalidenrente und daneben Anwartschaft auf Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet ist.

In einem vom Reichsversicherungsamt entschiedenen Falle handelte es sich nun darum, ob die aufgrund der Bestimmungen des Mannschaffsversorgungsgesetzes gewährte Militärrente als „ähnlicher Bezug“ im Sinne des § 1237 der Reichsversicherungsordnung anzusehen und demgemäß der Empfänger der Militärrente von der Invalidenversicherungspflicht frei sei. Das Reichsversicherungsamt hat diese Frage verneint. Bei einem pensionsähnlichen Bezüge im Sinne des § 1237 müsse es sich — so heißt es in den Gründen — um einen Bezug handeln, der, wie das Ruhe- und Wartegeld, aus der früheren Beschäftigung des Bezugsberechtigten erwachsen ist. Von diesen pensionsähnlichen Bezügen unterscheiden sich die Militärrenten erheblich, denn sie werden nicht aufgrund einer längeren dienstlichen Tätigkeit, sondern für eine durch den Militärdienst herbeigeführte körperliche Beschädigung gewährt. Sie sind daher in ihrer Höhe von dem jeweiligen körperlichen Zustande des Bezugsberechtigten abhängig und fallen mit der Wiedererlangung der vollen Erwerbsfähigkeit fort. Es kommt hauptsächlich Kriegsbeschädigte in Betracht, die im rüstigen Mannesalter stehen, und für deren Lebenshaltung — trotz der körperlichen Beschaffenheit, für die sie die Militärrente erhalten — nicht die Militärrente allein, sondern auch der Verdienst aus der trotz der Kriegsbeschädigung ausgeübten Erwerbstätigkeit maßgebend ist. Es wäre sehr bedauerlich, wenn diese Kriegsbeschädigten infolge Befreiung von der Versicherungspflicht die Vorteile der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung verlieren würden. Vielmehr handelt es sich um Personen, die gerade infolge ihrer Kriegsbeschädigung der Invalidität nahe stehen, und die nach eingetretener Invalidität neben ihrer Militärrente noch die Invalidenrente erhalten würden, wenn sie nicht von der Versicherungspflicht befreit worden wären und ihre Anwartschaft auf Rente infolgedessen verloren hätten. Auch die Vorteile des Heilverfahrens, das für Kriegsbeschädigte bei ihrer geschwächten Gesundheit von besonderer Bedeutung ist, würden fortfallen. Ganz besonders schwer träfen diese Folgen solche Kriegsbeschädigte, bei welchen nach erfolgter Vereiung von der Versicherungspflicht eine zum Fortfall der Militärrente führende wesentliche Besserung der Erwerbsfähigkeit eintritt. Werden solche Kriegsbeschädigte später aus anderen Gründen invalide, bevor sie eine neue Wartzeit erfüllt haben, so erhalten sie weder Militär- noch Invalidenrente. Das aber hat der Gesetzgeber nicht gewollt. (Reichsversicherungsamt II. 4465/17.)

Aus den Kreisverbänden.

Kreisverband Höchst a. M.

Am Sonntag, den 10. März, nachm. 2½ Uhr, findet im oberen Saal des „Antoniterhofs“ in Höchst eine Kreisversammlung statt mit folgender Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Reallehrers Rahl aus Darmstadt über „Die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kriege“.
2. Beratung der Satzungen für den Kreisverband.
3. Wahl eines Geschäftsführers für die Geschäftsstelle des Kreisverbandes.
4. Wünsche und Anträge.

Zu der Versammlung haben nicht nur die Abordnungen der angeschlossenen Gewerbevereine, gewerblichen Vereinigungen, Innungen und Genossenschaften, sondern alle Gewerbetreibenden und Handwerker des Kreises Höchst Zutritt.

Aus den Lokalvereinen.

Montabaur.

Der Gewerbeverein veranstaltete am Sonntag, den 16. d. M., einen Vortragsabend, wobei Herr Lehrer Rohl über das Thema: „Wohnungsnot in Montabaur, Mittel zu ihrer Abhilfe“, sprach. Der Vorsitzende, Herr G. Sauerborn, begrüßte

Kurze Mitteilungen.

Zugehörigkeit der Wäschschneiderei zum Handwerk

Der Bund der Handwerkerinnen von Groß-Berlin, dem auch die Wäschschneiderinnen angeschlossen sind, hat dem Minister für Handel und Gewerbe die Bitte überreicht, die Wäschschneiderei den Handwerkerschulgesetzen unterstellen zu wollen, wie das bereits in süddeutschen Staaten geschehen ist. Der Bund begründet diese Bitte durch die Notwendigkeit der Heranziehung eines Qualitätsarbeiterinnenstandes für Wäschschneiderei. Ordnungsmäßige Lehrlinge, Gesellen und Meisterinnen müssen entstehen, wenn die deutsche Wäsche-Industrie den Wettbewerb von Paris nach dem Kriege siegreich bestehen soll und wenn die deutschen Frauen endlich den Wert der deutschen Wäsche-Industrie erkennen und auch im Frieden im Inlande kaufen sollen.

Ueber Tarifverhandlungen im Malergewerbe

berichtet „M. Z. B.“ folgendes: Am 7. und 8. Februar 1918 haben im Reichswirtschaftsamt unter der Leitung des Geheimen Oberregierungsrats Siebart Verhandlungen zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeber-Verbände im Malergewerbe und dem Bund deutscher Dekorationsmaler einerseits und dem Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands, dem Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger Deutschlands und dem Gewerbeverein der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands (Dirich-Dunder) andererseits stattgefunden. Die Verhandlungen, die beiderseits in verständlichem Geiste und mit vollem Verständnis für die gegenwärtige Lage der Verhältnisse geführt wurden, haben zu einer vollen Verständigung geführt, die allerdings noch der Genehmigung der zuständigen Verbandsstellen bedarf. Nach der getroffenen Vereinbarung werden der Reichstarifvertrag für das Malergewerbe und die übrigen Abkommen zwischen den genannten Verbänden unverändert bis zum 15. Februar 1919 verlängert. Die Gehälter erhalten vom 15. März 1918 an eine neue (dritte) Teuerungszulage, die in Städten von mehr als 100 000 Einwohnern 15 Pfg., im übrigen 10 Pfg. für die Arbeitsstunde beträgt. Auf diese Zulage werden die seit dem 1. Oktober 1917 vereinbarten Sonderzulagen angerechnet. Am 1. Juni 1918 tritt eine weitere allgemeine Erhöhung der Teuerungszulagen um 5 Pfg. ein. Verhandlungen zwischen den Gehilfsenverbänden und dem Westdeutschen Malerverband stehen unmittelbar bevor und sollen gleichfalls im Reichswirtschaftsamt stattfinden.

die erschienenen Mitglieder und Gäste und sprach sein Bedauern aus, daß die Versammlung in Anbetracht der für unsere Stadt so wichtigen, zur Beratung stehenden Angelegenheit, einen nicht stärkeren Besuch aufwies. Es waren etwa 50 Personen anwesend. Er begrüßte insbesondere Herrn Kreisjugendpfleger Bertische, welcher bereitwilligst dem Wunsch des Vorstandes nachgekommen sei, um durch ausgewählte Lichtbilder den Vortrag zu ergänzen. Aus dem ausführlichen, mit reichem Material ausgestatteten, höchst interessanten Vortrag sei folgendes mitgeteilt: Der Redner ging von der Tatsache aus, daß in Deutschland während des Krieges das heimatliche Alter um drei bis vier Jahre vorgezogen sei, aber während des Krieges infolge Arbeits- und Materialmangel die Herstellung neuer Wohnungen geruht habe. Nach der Rückkehr unserer Krieger würde ein Wohnungsmangel eintreten, der besonders letztere treffen und bei ihnen die ärgste Mißstimmung hervorrufen würde, wenn sie sähen, daß zu ihrer Aufnahme in der Heimat auch nicht die geringste Fürsorge gewaltet habe. Diese Befürchtung hege auch die Staatsregierung und darum habe sie eine Verfügung an alle Städte und Gemeinden erlassen, daß dieser Frage die größte Sorgfalt zuzuwenden und schon jetzt Vorkehrungen zu treffen sei, die drohenden Wohnungsnot zu begegnen. Zu diesem Zwecke müßten die Stadtverwaltungen frühzeitig das mutmaßliche Bedürfnis an Wohnungen nach dem Kriege feststellen, das nach Maßgabe der Verhältnisse in den einzelnen Orten sehr verschieden sein könne, und dementsprechend die nötigen Maßnahmen, die näher erläutert wurden, treffen. Hieraus ergebe sich für den hiesigen Platz die Frage: War in Montabaur eine Wohnungsnot vorhanden? Ist sie zur Zeit noch und wie wird es nach dem Kriege sein? Wer in seinem eigenen Hause sitze, für den gäbe es freilich keine Wohnungsnot, wer aber nicht das Glück habe, ein solches zu besitzen, der werde die Frage unbedingt betreffen. Redner behandelte nunmehr die Wohnungsverhältnisse in Montabaur, die Entwicklung der Stadt in der Vergangenheit und die mutmaßliche zukünftige Entwicklung. Er empfahl den Ankauf von Baugeländen durch die Stadt, Schaffung einer Grundbuchkarte, deren Mittel durch eine Anleihe aufgebracht werden müssen und die Vergebung der Grundstücke in Erbpacht nach Maßgabe des Erbbaurechts, das in vielen Städten schon mit großem Vorteil angewandt worden sei. Um auch Kinderbewilligten das Bauen zu ermöglichen, müßte für Bereitstellung zweifelhafte Hypotheken gesorgt werden. Indem man bei der Vergabe von Gelände und Geld die Krüger in erster Linie berücksichtige, erlange man die notwendigen Kriegerheimstätten. Nun folgte die Vorführung einer großen Anzahl von Lichtbildern von Siedlungshäusern aus Höchst, Esch und Esen, zu der Herr Kreisjugendpfleger Bertische den Lichtbildapparat des Kreises in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt hatte. In der nun folgenden Diskussion, die wegen der vorgerückten Stunde leider nur sehr kurz sein konnte und in die Herr Bürgermeister Reiss, Herr Kreisjugendpfleger Bertische, sowie der Vorsitzende Herr Sauerborn eintrifft, wurden noch Bedenken gegen die vorgebrachten Vorschläge vorgebracht und die Bedeutung der Wohnungsreform vom Standpunkte der Jugendpflege wie des gewerblichen Mittelstandes und in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung hervorgehoben. Der Vortrag des Herrn Lehrer Koll, wie auch die schönen Lichtbilder des Herrn Bertische fanden lautesten Beifall. Der Vorsitzende dankte den beiden Herren in besonderer Weise und sprach den Wunsch aus, daß die Stadtverwaltung dieser so wichtigen Angelegenheit wärmste Unterstützung zuteil werden lassen möge.

Gerade in der jetzigen Zeit

in der viele gewerbliche Betriebe zur Fabrikation neuer Artikel übergehen, weil die bisher angefertigten weniger gut gehen, oder deren Absatzgebiet verschlossen ist

werden neue Bezugsquellen gesucht.

Jetzt verspricht deshalb eine wiederholte Anzeige guten Erfolg, zumal wenn Sie in dem „Nass. Gewerbeblatt“ erfolgt, das in 12500 gewerblichen Betrieben Nassaus gelangt.

Aus Nassau.

Dohheim.

Fürsorge für die heimkehrenden Krieger. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Sporkhorst hatten sich Vertreter der Gemeindegewerkschaften, Lehrerschaft und Geistlichkeit, der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks und der selbständigen Gewerbetreibenden zu einer Besprechung im Rathhaus eingefunden, um Mittel und Wege zu finden, um allen denen eine Existenzmöglichkeit zu verschaffen, die der Krieg mitten aus ihrer Tätigkeit herausgerissen und die bei ihrer Rückkehr in eine traurige Lage kommen, vor allem aber das selbständige Handwerk. Ein Vertreter der hiesigen Industrie gab die Versicherung ab, daß alle Industrieunternehmen am Wege die Sache finanziell aufs weitestgehende unterstützen und fördern werden. Das gleiche müsse von allen Erwerbsgruppen und besonders von unserer Landwirtschaft erwartet werden. Dem selbständigen Handwerk, das unter dem Krieg große Not leidet, möge man jetzt mit Ueberweisung von Aufträgen unter die Arme greifen. Sämtliche Teilnehmer sprachen

sich für die Bildung einer Hilfskommission aus und 30 Herren wurden dafür gewählt. Bürgermeister Sporkhorst wurde zum Vorsitzenden bestimmt.

Bücherschau.

Zwangssyndikate und Staatsmonopole. Von Otto Brandt. 1918. 80. Preis 1,50 Mark. Reichsverlag Hermann Kalkoff, Berlin-Zehlendorf-West, Grunewaldallee 3. — Mit den Steueraufgaben der Zukunft rückt uns auch das Problem der Monopole immer näher. Die Höhe der Kriegsschulden hat Staatsmonopole zum mindesten in den Bereich der Möglichkeit gezogen. Es wird deshalb allen neuverpolitisch interessierten Kreisen eine gründliche Information über diesen Gegenstand und seine verschiedenen Seiten willkommen sein. Die Aufgabe einer solchen Information erfüllt in hohem Maße die soeben erschienene Schrift.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag Hermann Kalkoff in Wiesbaden.

Die Buchführung des Handwerkers

unter besond. Berücksichtigung der Werkstätte-Buchführung sowie des gesamt. Rechnungs- und Kalkulationswesens.

Verf. von Franz Kern, Fortbildungsschulinspektor in Wiesbaden.

Teil A: Erläuterung mit Lehrgang. 48 Seiten Oktav, mit Sachregister, geb. 1 Mk., für die Hand des Lehrers sowohl wie zum Selbstunterricht. Teil B: Übungsheft für Unterrichtszwecke. 24 Seiten Folio, mit zahlreichen Muster-Vorreden, zum Gebrauch in den Schulen und zum Selbstunterricht, 1,20 Mk.



Lieferungsgenossenschaft für das Schneiderhandwerk der Kreise Wiesbaden Stadt und Land, Rheingau, St. Goarshausen und Untertaunus
Zersprecher: Nr. 149 zu Wiesbaden Geschäftslokal: Adolfsstr. 5
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Besitz	Bilanz zum 31. Dezember 1917	Schulden
Rassenbestand	210,25	Geschäftsanteile der Mitglieder 13 530,—
Wertpapiere	1 446,25	Gesellige Rücklage 80,—
Geschäftsanteil bei der Vereinsb.	300,—	Kautions der Mitglieder 2 175,—
Umsätze	53 835,10	Darlehen an Mitglieder 18 224,15
Warenbestand	352,60	Schulden bei den Mitgliedern 12 815,26
		Schulden d. Vereinsb. Wiesb. 1 737,40
		Erlöbrigung 7 582,39
	56 144,20	56 144,20

Mitglieder-, Geschäftsanteile- und Haftsummenbewegung.	
Stand am 1. Jan. 1917: 104 Mitgl. mit 104 Anteil. 3 885,— Stammeinf. sowie 31 200 Haftsumme	
Zu 1917 neu hinzu: 50 „ 50 „ 9 645,—	15 000
Stand am 31. Dez. 1917: 154 Mitgl. mit 154 Anteil. 13 530,— Stammeinf. sowie 46 200 Haftsumme	
Es scheiden aus: 5 „ 5 „ 25,—	1 500
Uebergang in 1918: 149 Mitgl. mit 149 Anteil. 13 530,— Stammeinf. sowie 44 700 Haftsumme	

Lieferungsgenossenschaft für das Schneiderhandwerk der Kreise Wiesbaden Stadt und Land, Rheingau, St. Goarshausen u. Untertaunus zu Wiesbaden G.m.b.H. Merkator, Schmidt, Greis.

Wiesbaden, 31. 12. 1917
Vorstehende Bilanz wurde heute von und geprüft und richtig befunden
Wiesbaden, 26. Januar 1918
Die Mitglieder des Aufsichtsrates:
Ch. Eichmann, Wg. Bsch. Ad. Paas, Jos. Beder.



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Wiesbaden, Rheinstraße 44. — Fernruf 833 844, 893, 6172.

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. Reichsbankgirokonto. — Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 600. 28 Filialen (Landesbankstellen) u. 208 Sammelstellen im Regierungsbezirk Wiesbaden 30 Sammelstellen in Frankfurt und seinen Vororten.

Mündelsichere Anlagen

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist.

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung

Sonstige Geschäftszweige

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und geschlossene Depots) Vermietung verschließbarer Schrankfächer, An- und Verkauf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks, Einlösung fälliger Zinsscheine.

Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt

Behördliches Institut des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts. Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 17600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrigste Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.